

Medium: BNN  
Ausgabe/Seite: Südwestecho, S. 5  
Datum: 10.11.2010



# Debatte um Windkraft

## Verbandsversammlung: Falscher Weg zum richtigen Ziel

**Baden-Baden** (rjk). Nach kontroverser Diskussion hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein in ihrer gestrigen Sitzung in Baden-Baden die „Windnovelle“ des Landesplanungsgesetzes abgelehnt. Der Regionalverband hielt mehrheitlich das Vorgehen des Landes für „den falschen Weg zum richtigen Ziel“. Und dieses Ziel lautet, den Anteil der Windenergie im Land bis 2020 auf mindestens zehn Prozent auszubauen. Durch die Novelle werde der begonnene Dialog mit den Bürgern, Gemeinden und vielen Investoren unterbrochen. Es werde weitgehend darauf verzichtet, die Ansiedlung von Windenergieanlagen überörtlich zu steuern. Dass die bestehenden Regionalpläne per Gesetz aufgehoben werden sollen, sei als „tiefer Eingriff in die demokratisch legitimierte Planungskultur“ zu werten.

Verbandsvorsitzender Josef Offele sprach von einer Schwächung der Regionalverbände, Wolfram Jäger (CDU) von einem „ungeheuerlichen Vorgang“. Die geplante Aufhebung der Regionalpläne sei strikt abzulehnen und die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen voranzutreiben. Rolf Müller (Freie Wähler) plädierte für einen „sinnvollen Weg beim Ausbau der Windenergie“, sprach sich aber ebenfalls gegen das Vorgehen der

Landesregierung aus. Hermann Heil (SPD) kritisierte die bisherige „Verhinderungsstrategie“ der Regionalverbände. Manfred Will (FDP) meinte, dass die Verbände „zur Verhinderung von Windkraftstandorten politisch missbraucht“ worden seien.

Manuel Hummel (Bündnis 90/Die Grünen) legte einen Antrag seiner Fraktion vor, der allerdings mehrheitlich abgelehnt wurde. Er hatte zuvor betont, dass die gesetzliche Aufhebung der Teilregionalpläne Windkraft zwar einen erheblichen Eingriff darstelle. Allerdings sei dieser notwendig, um landesweit einheitliche rechtliche Voraussetzungen zu schaffen und effektive Teilregionalpläne zu erhalten.

„Wir sind für den Bau von Stuttgart 21 – „Nein“ zum Ausstiegsgesetz“ lautete ein im Hinblick auf seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit zuerst heftig diskutierter, letztlich aber dann doch mehrheitlich abgelegener Beschlussantrag der CDU-Fraktion. Der Karlsruher OB Heinz Fenrich brachte für seine Fraktion zum Ausdruck, „dass Stuttgart 21 und die Neubahnstrecke Wendlingen-Ulm nur als Einheit für die Region erhebliche Vorteile bringen“. Weitere Punkte waren unter anderem das von der EnBW Kraftwerke AG geplante Pumpspeicherkraftwerk in Forbach und die Initiative für einen Nationalpark.

---

Mehrheit für ein  
„Nein“ zum Ausstiegsgesetz

---